

1816/J XXI.GP

Eingelangt am: 31.1.2001

### ANFRAGE

der Abgeordneten Heidrun Silhavy und GenossInnen  
an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen  
betreffend Aufforderung zum Missbrauch des Aufsichtsrechtes

Das Sozialversicherungs - Änderungsgesetz sieht eine Demokratisierung in der Zusammensetzung der Gremien der Sozialversicherungsträger vor und ist daher ein längst fähiger Schritt, der eine unhaltbare Situation abschafft, die es bisher gegeben hat, dass nämlich die Präsidenten der Interessenvertretungen willkürlich nach eigenem Ermessen diese Gremien zusammengesetzt haben. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Das kann in Zukunft nicht mehr passieren, denn in Zukunft ist auf das Ergebnis der demokratischen Wahlen dieser Interessenvertretungen nach dem d'Hondtschen System Rücksicht zu nehmen. Das heißt, es ist ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratisierung gesetzt worden.

Besonders wichtig ist auch das ist ein Zeichen, dass wir tatsächlich für diese Demokratisierung eintreten - , dass gewisse Träger und die Kraft ihrer Strukturen anders beurteilt werden müssen, wie etwa die Sozialversicherungsanstalt der Eisenbahner, wie etwa die Betriebskassen. Man war sensibel genug und hat auch in der gesetzlichen Regelung auf diese einzelne spezielle Situation Rücksicht genommen.“ So die Stellungnahme von BM Sickl am 6.7.2000 im Parlament zur Behandlung des SRÄG 2000.

Die FPÖ - Vizekanzlerin hat offenbar weit aus weniger Demokratieverständnis, als die abgesetzte BM Sickl. Vom freiheitlichen Neujahrstreffen wurde u.a. berichtet:  
Kritisch setzte sich die FP - Chefin in ihrer Rede auch mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger auseinander, der gegen jede Reform und jede Kontrolle energischen Widerstand leiste. Ungeachtet dessen sei die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger jetzt dank der freiheitlichen Regierungsbeteiligung in Gang gebracht worden. Dabei sollten im Sozialversicherungsbereich nun nicht mehr ehrenverantwortliche Mitarbeiter mit überhöhten Aufwandsentschädigungen das Sagen haben, sondern Experten. In Richtung Hauptverbandspräsident Hans Sallmutter erklärte Riess - Passer: „Solche Leute brauchen wir nicht, wir brauchen Fachleute und Experten.“ APA1745 II 0485

Weiteres kann man auf der Homepage des FPÖ Parlamentsklubs (\*) nachlesen:

\*Riess - Passer: Radikalreform im Hauptverband der Sozialversicherungen

Vizekanzlerin Susanne Riess - Passer hat die Ablöse der gesamten Führungsmannschaft des Hauptverbands der Sozialversicherungsanstalten gefordert. Als Begründung führte sie an, dass der Hauptverband sich jahrelang gegen Reformen gesträubt und stets nur Beitragserhöhungen zur Behebung der Finanzkrisen vorgeschlagen habe.

Riess - Passer stellte dann den Hauptverband überhaupt in Frage: „Die Selbstverwaltung ist keine heilige Kuh. \*.

Mit einiger Überraschung konnte man dann einer APA Nachricht entnehmen:  
Wien (APA) - Sozialminister Herbert Haupt (F) hat am Mittwoch klar gestellt, dass seine Entscheidung über die Neubestellung des Präsidiums des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger noch nicht gefallen sei. Die aus seiner Partei geäußerte Kritik an Präsident Sallmutter, insbesondere von Parteichefin Susanne Riess - Passer, sei „kein Präjudiz“ für dessen Ablöse, erklärte Haupt gegenüber der APA.

Der Sozialminister verwies darauf, dass es scharfe Kritik "an mehreren Herrn im Hauptverband" gebe. Es gebe „weder in die eine noch in die andere Richtung ein Präjudiz“. In seine Entscheidung seien verschiedene Überlegungen miteinzubeziehen. Die Entscheidung werde im Sinne der Versicherten und im Sinne der von der Bundesregierung angestrebten Strukturreformen im Hauptverband ausfallen. Er werde nach sachlichen Kriterien entscheiden und strebe eine „starke und sparsame Führung“ des Hauptverbandes an. Der Hauptverband dürfe kein Gremium werden,

das auf Grund der finanziellen Probleme der Sozialversicherungen seinen gesetzlichen Aufträgen nicht mehr nachkommen könne, meinte der Sozialminister.

Schließlich erfahren am 30.1.2001 die Versicherten, dass der Herr Bundesminister eigenmächtig ihre höchsten Vertreter absetzt!

OTS283 5 II 0340 PWB001

30. Jän 01

Pressestimmen/Vorausmeldung/Politik

\*\*\*OTS - PRESSEAUSSENDUNG\*\*\*

Kommentar 31.1.2001, Gesundheitspolitik krankt am Haupt,  
von Gerhard Marschall =

Wien (OTS) - ..... Da stürzt ein Minister aus einer Regierungssitzung und verkündet das exakte Gegenteil dessen, was er kurz zuvor, beim Hineingehen, gesagt hat. War da für ihn Hans Sallmutter auch weiterhin als Hauptverbands - Präsident vorstellbar gewesen, so war derselbe Sallmutter wenig später hochkantig gefeuert. Und mit ihm auch gleich seine beiden Vizepräsidenten. Noch kurioser als der plötzliche Sinneswandel die Begründung: Ihm sei, so der Minister, in der Zwischenzeit zu Ohren gekommen, dass die Hauptverbandsspitze in puncto ihrer eigenen Neu - oder Wiederbestellung eine andere Rechtsauffassung vertritt als er. Wo kommen wir da hin, wenn eine selbstverwaltete Körperschaft in einer Formalfrage eine eigene Meinung hat!

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen nachfolgende

#### ANFRAGE:

1. Wie sind die gesetzlichen Bestimmungen über Arten und Zusammensetzung der Verwaltungskörper des Hauptverbandes?
2. Wie lauten die im ASVG definierten Aufgaben des Verbandspräsidiums?
3. Welchen Zeitraum umfasst die Amtsdauer der Verwaltungskörper des Hauptverbandes nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen des ASVG?
4. Wie stehen Sie zu der im ASVG niedergeschriebenen demokratischen Willensbildung?
5. Wie beurteilen Sie angesichts, der Äußerungen der Vizekanzlerin, die Aussagen Ihrer Amtsvorgängerin zum SRÄG 2000?
6. Dem stenographischen Protokoll ist zu entnehmen, dass Sie zum Zeitpunkt der parlamentarischen Behandlung diesem SRÄG die Zustimmung gegeben haben. Ist daraus der Schluß zu ziehen, dass Sie sich zu diesem Gesetz inhaltlich bekennen, auch wenn der Wählerwille nicht den Erwartungen der FPÖ entsprochen hat?
7. Zählen für Sie als zuständiger Bundesminister die Interessen der Versicherten, oder sind Sie gezwungen eine Politik nach Zurufen der Vizekanzlerin zu exekutieren?
8. Sind Sie der Meinung, dass Mitglieder der im ASVG definierten Verwaltungskörper, zur Abwendung eines Schadens für die Versicherten oder deren Institution, die Versicherten auf diesen möglichen Schaden aufmerksam zu machen haben?
9. In der Plenardebatte am 6.7.2000 haben Sie als Sozialsprecher der FPÖ argumentiert, dass die Regierungsparteien die Verwaltung der Ambulanzgebühren dem Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger überantwortet haben, weil der Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger mit 3,5 Prozent Verwaltungsanteil den geringsten Verwaltungsanteil aller öffentlichen und nicht öffentlichen Körperschaften in Österreich hat. Haben Sie damit nicht, neben der demokratiepolitischen Errungenschaft einer Selbstverwaltung, deren wirtschaftliche Zweckmäßigkeit selbst argumentiert?
10. Welche Initiativen setzen Sie zur Sicherstellung unseres hochwertigen Gesundheitssystems als zuständiger Bundesminister
  - a) durch Sofortmaßnahmen?
  - b) mittelfristig?
  - c) langfristig?
- 11: Wie stellen Sie sicher, dass die Selbstverwaltung vor politischen Willkürakten durch die Bundesregierung geschützt wird?

12. Sind nachfolgende Aussagen aus Ihrer Sicht ein Beweis sozialpolitischer Kompetenz?
- a) Gaugg hatte, wie berichtet, in einem Interview mit der „Kärntner Tageszeitung“ das Wort „Nazi“ mit „Neu.Attraktiv.Zielstrebig.Ideenreich“ buchstabiert. (APA 13, 19.11.1993)
  - b) Ich wehre mich immer gegen Vordenker in Sozialfragen, insbesondere dann, wenn sie von Links kommen, denn dann sind sie besonders gefährlich und besonders beachtenswert. (Stenographisches Protokoll, XXI. GP., 28. Sitzung, 18.5.2000, S 27)
  - c) Mir ist es noch immer lieber, eine Frau ist von ihrem Mann abhängig als von der SPÖ. (Stenographisches Protokoll, XXI. GP., 28. Sitzung, 18.5.2000, S 27, Abg. Gaugg)
  - d) Die ÖBB waren ein Hort für Mitarbeiter, die in der Privatwirtschaft nicht untergekommen sind. Wenn sie dort nichts bekommen haben, dann sind sie zu den ÖBB gegangen. (Abg. Gaugg, 25. Sitzung, Stenogr. Protokoll)
13. Entspricht es der Tatsache, dass die 58. ASVG Novelle am 30.1.2001 nicht im Ministerrat beschlossen wurde? Wenn ja: Was waren die Gründe dafür?